



Inhaltsverzeichnis

Türkei	Seite 01 bis 07
Irak	Seite 07 bis 11
Iran	Seite 11 bis 12
Syrien	Seite 12
Deutschland	Seite 12 bis 16
Publikationen	Seite 16 bis 18
Impressum	Seite 18

Türkei:

Türkei für Mord verurteilt

14 Jahre nach dem Mord an einem Kurdenführer hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der Türkei gestern einen Verstoß gegen das Recht auf Schutz des Lebens vorgeworfen. Den drei Kindern des Opfers, dem Schriftsteller und Mitbegründer der prokurdischen Volkspartei, Musa Anter, muss die türkische Regierung insgesamt 25.000 Euro Schmerzensgeld zahlen. Außerdem wurde Ankara wegen Folter an zwei Linksoppositionellen verurteilt, die heute in Deutschland leben. Sie sollen zusammen 50.000 Euro Schmerzensgeld erhalten. (Quelle: taz, 20.12.06)

Mit dieser Auffassung wird die Türkei kein EU Mitglied!

In einem gemeinsamen Text zum Abschluss des zweitägigen EU-Gipfels in Brüssel, welcher über die Beziehung zwischen der Türkei und EU eine Kältewelle mit sich bringt, bestätigten die Staats- und Regierungschefs wie erwartet den Beschluss ihrer Außenminister. Es werden acht der 35 Verhandlungskapitel mit der Türkei auf Eis gelegt. Auf ein Ultimatum im Zypern-Streit wird verzichtet. Ankara wird aber weiter dazu gedrängt, seine Häfen und Flughäfen für die Republik Zypern, die seit Mai 2004 EU-Mitglied ist, zu öffnen. Die Sensibilität, mit der die EU an die Zypernfrage herangeht, verdeutlicht, dass die Tür zur EU mit Recht nicht verschlossen wurde.

Jedoch sollte die EU auch die Kurden in der Türkei sensibler in Betracht ziehen, sie als Ansprechpartner akzeptieren, und für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage auf die Türkei Druck ausüben.

Auch die letzte Entscheidung der EU zur Zypern-Frage macht ersichtlich, dass die Türkei, die Konsequenzen der fortgeführten Besetzungspolitik auf Zypern zu tragen hat. Die Zypern-Frage, die die Zukunft der Türkei mit einer Hypothek belastet und die eine von vielen Problemen ist, sollte von Seiten der AKP-Regierung mit weiteren Schritten gelöst werden, um somit eine ernsthaft angestrebte EU-Mitgliedschaft und die Zukunft der Türkei in der

EU zu fördern. Nur die Lösung der Zypern-Frage öffnet die Türen zur EU nicht. Dessen ungeachtet soll der Ministerpräsident Herr Erdogan aufhören die Weltöffentlichkeit mit Aussagen wie die Türken und die Kurden haben gleiche Rechte hinter Licht zu führen. Während die türkische Regierung für die 200.000 auf Zypern lebenden Türken die Konföderation fordert, betrachtet sie das Recht auf täglich 1 Stunde Radio- und Fernsehsendungen in Kurdisch, das in den im Rahmen der Anpassung an die EU erlassenen Rechte und Richtlinien enthalten ist, als zuviel für die mehr als 20 Millionen in der Türkei lebenden Kurden und bindet dieses Recht an unzählige Bedingungen.

Die türkische Regierung sollte mehr kooperieren als konfrontieren und dementsprechend für die nationale, demokratische und kulturelle Rechte der Kurden weitere größere Schritte wahrnehmen. Ob das Verhalten der türkischen Regierung, dass dem Gemüt der Nationalisten in der Türkei und Zypern entgegen kommt, bei den Wahlen der AKP mehr Stimmen bringen wird, ist fragwürdig. Jedoch ist festzuhalten, dass solange die militärische Besetzung auf Zypern fortgesetzt wird und Schritte zur Lösung der Kurdenfrage ausbleiben, die EU-Mitgliedschaft nicht mehr als ein Traum bleiben kann.

Die AKP Regierung soll aufhören, eine Politik durchzusetzen, die die EU Mitgliedschaft gefährdet. Sie sollte die bestehende Situation durch den einseitigen Waffenstillstand der PKK nutzen und für eine demokratische und friedliche Lösung der Kurdenfrage folgenden Schritte einleiten:

- Die Verfassung, die in der jetzigen Form das Produkt des faschistischen Regimes vom 12. September 1980 ist, muss durch eine neue Verfassung, die die Existenz der Kurden anerkennt, ersetzt werden.
- Das Wahlrecht soll reformiert und somit demokratischer, moderner und gerechter werden. Die 10% Hürde, die bis dato Linksdemokratischen und prokurdischen Parteien den Einzug ins Parlament unmöglich machte, soll auf ein vernünftiges Niveau reduziert werden, um den Minderheiten in der Türkei mehr Mitsprache und eine Chance auf Selbstbestimmung zu ermöglichen.
- Der Druck auf die kurdische Kultur und Sprache soll aufhören und deren Entwicklung soll gefördert werden. Das Recht auf Bildung in der Muttersprache muss den Kurden in allen Bereichen des Bildungssystems zuerkannt werden.
- Die kurdischen Parteien und dessen Mitglieder müssen das Recht erhalten, sich frei und mit der eigenen Identität zu organisieren. Die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen müssen geschaffen werden
- Millionen Kurden, deren Dörfer und Kleinstädte zerstört und niedergebrannt oder die zur Migration gezwungen wurden, müssen die Möglichkeit erhalten, in ihre Heimat zurückzukehren. Für den erlittenen

nen Schaden müssen sie entschädigt werden...Eine bedingungslose und all umfassende Generalamnestie muss erlassen werden.

- Das uneingeschränkte Recht auf jede Art von Radio- und Fernsehsendungen in der Muttersprache muss den Kurden gewährt werden

- Der Staat muss sich aus der Religion raushalten. Jede Religionsgemeinschaft (muslimische, christliche, jüdische, yezidische, assyrische und alevitische etc.) muss ihre religiösen Pflichten durch ihre zivilen Institutionen frei praktizieren können. (Presserklärung der Sozialistischen Partei Kurdistan (PSK), 21.12.2006)

Christen drohen 9 Jahre Haft wegen Weitergabe ihres Glaubens

Eine Falle und Anschuldigungen gegen Konvertiten aus dem Islam in der Türkei

Istanbul/Türkei Hakan Tastan und Turan Topal drohen wegen Herabsetzung der türkischen Identität nach Artikel 301/1 der türkischen Strafgesetzgebung, wegen der Missionierung Minderjähriger und Beleidigung des Islams (Artikel 216/1) und unerlaubten Sammelns vertrauliche Informationen von Staatsbürgern (Artikel 135/1) bis zu 9 Jahren Haftstrafe. Sie wurden eingeladen, in der Kleinstadt Silivri, 70 km westlich von Istanbul, ihren Glauben zu erklären. Wie sich herausstellte, waren die "Interessierten" Fatih Köse (23), Alper Eksi (16), Oguz Yilmaz (17) später bei der gerichtlichen Anhörung nicht anwesend. Offensichtlich war dieses Zusammentreffen inszeniert, um ihnen eine Falle zu stellen. Nach zwei Treffen wurden sie von der Militärpolizei (Istanbul II Jandarma Alay Komutanligi) festgenommen, lange verhört und ihre Wohnungen durchsucht.

Dabei hat die Staatsanwaltschaft 5.000 Adressen von Muslimen beschlagnahmt, die am Christentum Interesse haben sollen und leicht anonymisierte Beispiele an die Presse weitergegeben, um weitere Interessierte abzuschrecken. Tastan und Topal wird in der türkischen Presse vorgeworfen, den Islam als zurückgebliebene Religion und die Türken als unzivilisiert bezeichnet zu haben. Weitere Vorwürfe sind Frauenhandel, Waffenbesitz und Kooperationen mit Terroristen. Des Weiteren wurden ihnen die Behauptungen in den Mund gelegt, dass der Islam die Quelle des Terrorismus sei, Türken an Christen Massaker angerichtet hätten und deshalb ein verfluchtes Volk seien, solange sie sich nicht zum christlichen Glauben bekehren würden. Die beiden türkischen Konvertiten aus dem Islam zeigten sich voller Empörung über diese Vorwürfe und äußerten: "Das zeigt die Mentalität hinter diesen Anschuldigungen.

Die Ankläger haben die Vorstellung, dass wir viel Geld vom Ausland für unsere Arbeit bekommen", die darauf ausgerichtet sei, die Türkei zu spalten und zu zerstören. Unter den Anklägern ist auch der ultrarechtsorientierte Anwalt Kemal Kerincsiz, der mit demselben Artikel 301 den Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels (Oktober 2005) und Schriftsteller Orhan Pamuk anklagte. Nach der ersten Anhörung vor Gericht (Silivri 2. Asliye Ceza Mahkemesi) bekannten sich beide Konvertiten frei

zu ihrem Glauben und zu ihrer türkischen Nationalität mit den Worten: "Ich bin Patriot. Ich hänge meine türkische Flagge an Nationalfeiertagen aus dem Fenster.

Ein Bild von Atatürk besitze ich auch". Und "Ich habe ganz sicher nicht das Türkentum herabgesetzt und ich akzeptiere diese Anschuldigungen einfach nicht. Aber ich bin Christ, das stimmt. Weil der Begriff "Evangelium" gute Nachricht heißt, gebe ich das Neue Testament an Menschen weiter, die sich dafür interessieren und erkläre ihnen das Evangelium. Ich bin unschuldig", fuhr Tastan fort.

Der Sprecher der christlich orthodoxen Kirche, Sevgi Erenerol, fiel den Angeklagten mit einer Presseäußerung in den Rücken: "Man sollte den christlichen Glauben nicht verbreiten und das türkische Volk oder den Islam verleumden. Deshalb bin ich gekommen, um die Anklage zu unterstützen".

(Quellen: Institut für Islamfragen, mk, 4.01.2007)

Tod in Haft

Der politische Gefangene Ismet Acar, der 1992 verhaftet, zu 14 Jahren Haft verurteilt worden und im Gefängnis Midyat inhaftiert war, beging am 1. Dezember 2006 in einer Einzelzelle Selbstmord. Berichten zufolge soll er sieben Jahre in Einzelhaft gehalten worden sein.

Der Rechtsanwalt der Familie Acar, Erdal Kuzu, erhob Klage gegen das Justizministerium und die Gefängnisverwaltung und berichtete, dass Psychologen viele Male bei Ismet Acar Depressionen diagnostiziert hatten und Berichte geschrieben hatten, dass er im M-Typ-Gefängnis in Midyat, in dem es keinen Psychologen gebe, nicht genesen könne. Kuzu sagte: "Wir wollten, dass das Justizministerium und das Generaldirektorat für Gefängnisse aufgrund des Antrags der Familie eine Untersuchung einleitet. Es ist eine Fahrlässigkeit einen Gefangenen, der eine psychische Erkrankung hat, in einer Einzelzelle zu halten. Es ist eine Verletzung des Rechtes einer Person, die sich unter staatlichem Schutz befindet." (Quelle: ANF, 04.01.07)

Türkei muss Christen Häuser zurückgeben

Ankara arbeitet an Fahrplan für EU-Annäherung.

Die Türkei will noch in diesem Halbjahr einen Fahrplan für den EU-Beitritt erarbeiten. Dies kündigte Außenminister Abdullah Gül zu Beginn einer europapolitischen Klausur der Regierung in Ankara an. Es gebe zwar EU-Staaten, die den Beitrittsprozess der Türkei erschweren wollten, sagte Gül. Doch die Türkei gehe ihren Weg in die Europäische Union trotz der Verlangsamung der Beitrittsverhandlungen entschlossen weiter. "2007 wird kein verlorenes Jahr sein", sagte der Außenminister.

Das Wichtigste sei die Fortsetzung der Reformen, auch im derzeitigen Wahljahr. Im Mai wird der Staatspräsident gewählt, im November das Parlament.

Unterdessen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg mit einem wegweisenden Urteil die Eigentumsrechte nicht-musli-

mischer Minderheiten in der Türkei gestärkt. Er verurteilte die Türkei unter Androhung einer Entschädigungszahlung von 890.000 Euro zur Rückgabe von zwei Immobilien, die der Istanbuler Stiftung einer griechisch-orthodoxen Schule des Ökumenischen Patriarchats in den 1950er-Jahren geschenkt und 1996 vom Staat beschlagnahmt worden waren. Ohne eine Änderung der entsprechenden Gesetze, wie sie von der EU gefordert wird, könnten auf die Türkei Entschädigungsforderungen von mindestens 25 Millionen Euro zukommen, schrieb die liberale Zeitung "Radikal". (Wiener Zeitung, 10.01.07)

EGMR stärkt Minderheitenrecht

Der EGMR verurteilte die Türkei unter Androhung einer Entschädigungszahlung von 890.000 Euro zur Rückgabe von zwei Immobilien, die der Stiftung einer griechisch-orthodoxen Schule in den 50er-Jahren geschenkt und 1996 vom Staat beschlagnahmt worden waren. Türkische Zeitungen berichteten, dass das Urteil Präzedenzcharakter für eine Vielzahl ähnlicher Klagen habe. Ohne eine Änderung der entsprechenden Gesetze könnten laut der Tageszeitung Radikal auf die Türkei Entschädigungsforderungen von mindestens 25 Millionen Euro zukommen. Eine im vergangenen Jahr vom türkischen Parlament verabschiedete Gesetzesreform konnte nach einem Veto des Staatspräsidenten bisher nicht in Kraft treten.

(Quelle: taz – kathol. Nachrichtendienst, 11.01.07)

Volkes Stimme soll im Amt gehört werden

Ein türkischer Bürgermeister will seinen Bürgern offiziell erlauben, kurdisch zu sprechen

Abdullah Demirbas ist Bürgermeister der Gemeinde Sur in der türkischen Südostprovinz Diyarbakir. Demirbas wünscht sich eine bürgernahe Verwaltung. Die Menschen sollen deshalb bei den Behörden der Kommune ihre Muttersprache sprechen dürfen. Türkisch ist zwar die einzige offizielle Amtssprache des Landes, in Sur aber wird die Sprache nur von 24 Prozent der Bewohner gesprochen.

Drei Viertel der Menschen reden hingegen kurdisch. Sie sollen statt des türkischen "merhaba" künftig mit "roj bas" einen "guten Tag" wünschen dürfen, wenn sie ein Amtszimmer der Gemeindeverwaltung betreten. "Türkisch ist nicht die einzige Sprache, die in der Türkei gesprochen wird, unser Land hat nicht nur eine einzige Identität", sagt der Bürgermeister. In den türkischen Südostprovinzen liegt der Anteil der kurdischen Bevölkerung zum Teil bei 90 Prozent. Da scheint es nur nahe liegend, auf den Ämtern auch Kurdisch zu sprechen, zumal viele der Älteren gar nicht oder nur gebrochen Türkisch beherrschen.

Ein Politikum ist der Vorstoß des Bürgermeisters dennoch. Jahrzehntlang hat die türkische Republik versucht, die kurdische Sprache zu verbieten und so die zwölf Millionen Menschen zählende Minderheit zu assimilieren. In den 80er-Jahren war es kurdischen Müttern sogar bei Strafandrohung untersagt, in den eigenen vier Wänden mit ihren Kindern

Kurdisch zu sprechen. Auch durften sie ihren Söhnen und Töchtern keine kurdischen Namen geben. Lasse man die kurdische Sprache zu, leiste man damit Autonomiebestrebungen der Kurden Vorschub, argumentierten die Politiker und Militärs in Ankara.

Dass gerade das Sprachverbot die Kurden der türkischen Republik entfremdete und den ethnischen Konflikt schürte, wollten die Politiker nicht sehen. Erst unter dem Druck der Europäischen Union bewegte sich die türkische Regierung. Nun ist der Kurdischunterricht an Privatschulen zugelassen, allerdings unter strengen Auflagen. An den staatlichen Schulen bleibt Kurdisch verboten. Bürgermeister Demirbas will nun in den Ämtern seiner Gemeinde alle amtlichen Aushänge und Beschriftungen zweisprachig ausfertigen, auch Telefonanrufe auf Kurdisch soll die Gemeindeverwaltung künftig entgegennehmen.

Demirbas prescht nicht zum ersten Mal vor. In der Vergangenheit hatte er sich bereits in einem Zeitungsartikel für kurdische Straßennamen und Internetseiten stark gemacht. Er wurde daraufhin wegen "separatistischer Propaganda" vor Gericht gestellt, dort aber freigesprochen.

(Quelle: Stuttgarter Zeitung, 12.01.07)

Folter im Gefängnis

F.A. (17) und E.A.(18), die unter der Beschuldigung, sie hätten das Mädchen Z.K. (14) in der Aziz Nesin Stiftung in der Stadt Çatalca bei Istanbul vergewaltigt, verhaftet worden waren, wurden Berichten zufolge im Gefängnis gefoltert. Die Jugendlichen waren am 8. Januar festgenommen und am 10. Januar verhaftet worden. E.A. wurde in das Metris-Gefängnis gebracht während F.A. in das Bayrampasa-Gefängnis, weil er jünger als 18 Jahre ist. Aufgrund des Berichtes der Gerichtsmedizin, der feststellte, dass das Mädchen nicht vergewaltigt worden war, wurden die beiden Jugendlichen in der Nacht des 12. Januar freigelassen. Prof. Ali Nesin, der Vorsitzende der Aziz Nesin-Stiftung, gab bekannt, dass die Jugendlichen im Gefängnis gefoltert wurden.

Nesin berichtete, dass die Gendarmerie die Rechte der Jugendlichen während der Polizeihaft und des Vorgangs der Verhaftung beachtet hätten, er berichtet aber dass E.A. von Soldaten und Wärtern im Metris-Gefängnis geschlagen wurde und F.A. im Bayrampasa-Gefängnis von den Wärtern und anderen Gefangenen geschlagen wurde und die Folter die Psyche der Jugendlichen beschädigt habe:

"E.A. sagte, dass er im Metris-Gefängnis ununterbrochen geschlagen wurde, erniedrigt und erschreckt worden sei, wo er gezwungen worden sei, am Boden zu schlafen. Er hat Spuren von Tritten an seinen Beinen und sein Kopf ist geschwollen. ... F.A., der nach seiner Freilassung zum Haus seiner Mutter gegangen ist, hat Schwierigkeiten beim Gehen und Sprechen.

Er wurde der Folter der Falaka ausgesetzt und nackt mit Plastikschläuchen geschlagen. Er wurde mit Vergewaltigung bedroht und dass er in die "Abteilung für Vergewaltiger" gebracht würde. F.A. sagt,

er würde den Wärter identifizieren. Seine Mutter sagt, dass er schläft, indem er sie die ganze Nacht umarmt."

F.A. berichtete den Journalisten Folgendes: "Die Folter begann sofort nachdem wir das Gefängnis betraten. Ein Wärter fragte beim Eingang nach meiner Straftat. Ich antwortete ihm nicht. Er schlug mit langen Plastikschläuchen auf meine Beine und Hände, nachdem er von meiner Straftat durch einen anderen Wärter erfuhr. Danach legte er mich auf den Boden und schlug mit einem Stock auf meine Füße. Wegen der Schmerzen ging ich auf meinen Hacken. Er wurde ärgerlich, weil ich nicht normal ging und schlug mit dem Plastikschauch auf meinen Rücken.

Nach einer Weile brachte er mich in den Quarantäne-Raum. Wir waren sechs Personen in dem zwei Quadratmeter großen Raum. Wir kamen am nächsten Morgen heraus. Ein anderer Wärter schlug auf meinen Nacken, trat und sagte: "Ihr seid die pervertierten Enkel von Nesin". Sie stellten uns in einer Reihe auf und schnitten uns die Haare. Der "Herr der Abteilung" in der A-1 Abteilung schlug mich, nachdem er die Anschuldigungen gegen mich erfahren hatte. Gegen 24.00 Uhr kam der Wärter und sagte, ich könne gehen. Ich hatte kein Geld, weil sie mir meine 100 YTL abgenommen hatten. Jemand gab mir 10 YTL. Als ich das Gefängnis verließ, war es dunkel und es regnete. Ich fuhr mit der Bahn nach Hause." E.A. berichtete Folgendes: "Am 8. Januar (Montag), an dem ich festgenommen wurde, war mein Geburtstag.

Ich wurde am Mittwoch ins Metris-Gefängnis gebracht. Der Soldat begann mich sofort zu schlagen, als er die Anschuldigungen gegen mich in meiner Akte gelesen hatte. Vier Soldaten traten und schlugen mich. Als die Wärter meine angebliche Straftat erfuhren, schlugen sie mich auch. Danach brachten sie mich in den Quarantäne-Raum. Einer der Beamten fragte mich, ob ich an Gott glaube oder nicht. Er war überrascht, als ich sagte, dass ich an Gott glaube und begann mich anzuschreien: "Bist du nicht von der Aziz Nesin Stiftung? Wie kannst du sagen, dass du an Gott glaubst?" Es waren etwa 80 Personen in dem Quarantänerraum. Ich sagte, ich sei des Diebstahls beschuldigt, als sie mich fragten. Ich wurde am Freitag in die Abteilung der Vergewaltiger gebracht. Der Wärter, der mich vorher geschlagen hatte, schlug mich in dieser Abteilung wieder. Ein anderer Wärter drohte mir, mich in die Abteilung für Mörder zu stecken.

Sie drohten mir indirekt mit Vergewaltigung und Tod." Die Jugendlichen erhielten einen Bericht des Bakirköy Dr. Sadi Konuk Training und Forschungs-Krankenhauses, das Spuren an ihren Körpern bescheinigte. Ali Nesin gab nach der Festnahme der Jugendlichen bekannt, dass die Beschuldigungen gegen die Jugendlichen keine Grundlage hätten. (Quelle: Cumhuriyet-Milliyet, 14./15.01.07)

Türkei: Zahl der Ehrenmorde steigt

Jede zweite Woche wird in Istanbul eine Frau von ihrer Familie getötet. Oft reicht es, dass eine Frau mit einem fremden Mann spricht. Vor allem in

Städten kollidieren archaische Vorstellungen mit dem modernen Leben. Nirgendwo in der Türkei werden so viele Frauen zum Opfer so genannter Ehrenmorde wie in der Metropole Istanbul. Allein im vergangenen Jahr seien in der Stadt 25 Frauen getötet worden, weil sie mit ihrem Verhalten nach Ansicht ihrer Verwandtschaft die "Familienehre" befleckt hatten, meldete die Zeitung "Milliyet" am Dienstag unter Berufung auf eine Zählung der Behörden. Das bedeute, dass in der Stadt alle zwei Wochen eine Frau sterben müsse, sagte der Menschenrechtsbeauftragte des Gouvernements, Vildan Yirmibesoglu, der Zeitung.

Mentalität ändern

Angesichts dieser Zahlen müsse alles getan werden, um die Mentalität der Menschen zu ändern, erklärte der Menschenrechtsbeauftragte. Insgesamt werden in der Türkei nach Schätzungen von Frauenrechtlerinnen jedes Jahr rund 120 "Ehrenmorde" an Frauen begangen. Die Bosphorus-Metropole verzeichnet einen großen Zustrom vor allem aus dem unterentwickelten Südosten der Türkei, wo alte Traditionen einer "Selbstjustiz" noch teilweise aufrecht sind.

Archaische Vorstellungen

Als Auslöser für ein "Ehrenverbrechen" reicht es mitunter bereits, dass eine Frau mit einem fremden Mann spricht. Im Zuge ihrer EU-Bewerbung hatte die Türkei vor zwei Jahren die bis dahin geltenden Strafnachlässe bei "Ehrenverbrechen" abgeschafft; die Umsetzung der Gesetze ist aber oft ausgeblieben. Den von "Milliyet" veröffentlichten Zahlen zufolge steigt die Zahl der "Ehrenmorde" in Istanbul trotzdem weiter an. Nach Ansicht von Sozialwissenschaftlern werden besonders viele "Ehrenmorde" in den Städten begangen, weil dort die archaischen Vorstellungen von Familienehre mit dem modernen Leben kollidieren.

(Quelle: apa, 16.01.07)

Ermittlungen gegen Bürgermeister, der Kurdisch in der Verwaltung erlauben will

In den türkischen Südostprovinzen liegt der Anteil der kurdischen Bevölkerung örtlich bei bis zu 90 Prozent. Türkisch ist die einzige offizielle Amtssprache. In dem Stadtteil Sur von Diyarbakir aber sprechen nur 24 Prozent der Bewohner Türkisch, wie eine von Bürgermeister Demirbas in Auftrag gegebene Studie ergab.

Drei Viertel der Bürger sprechen Kurdisch, viele der Älteren gar nicht oder nur gebrochen Türkisch. Daher plant Bürgermeister Demirbas nun in den Ämtern seiner Gemeinde alle amtlichen Aushänge und Beschriftungen zweisprachig auszufertigen, auch Telefonanrufe auf Kurdisch soll die Gemeindeverwaltung künftig entgegennehmen. Demirtas stellte im vergangenen November eine neue Software für die Datenverarbeitung seiner Gemeinde vor, die neben Türkisch und Englisch auch Kurdisch verarbeiten kann. Nach Berichten türkischer Zeitungen Milliyet leitete die Staatsanwaltschaft ein

Ermittlungsverfahren gegen Bürgermeister Demirbas ein. (Quelle: Frankfurter Rundschau, 20.01.07)

Türkei erwägt Einmarsch im Nordirak

Pläne der irakischen Kurden für einen eigenen Staat sorgen in der türkischen Hauptstadt Ankara zunehmend für Unruhe. Das Parlament debattierte mögliche Reaktionen. Die Stimmen, die ein militärisches Vorgehen fordern, werden lauter.

Die Beratungen sollen am nächsten Dienstag hinter verschlossenen Türen fortgesetzt werden. Dann könnten die Abgeordneten die Regierung zu einer militärischen Intervention ermächtigen.

Die Vorbereitungen für eine solche Operation laufen seit langem. Bereits im vergangenen Frühjahr begann die Türkei, starke Truppenverbände an der Grenze zum Irak zusammenzuziehen. Neben den Aktivitäten der rund 5 000 in Nordirak vermuteten PKK-Rebellen, die von dort immer wieder zu Anschlügen in die Türkei vorstoßen, rückt jetzt der Konflikt um die nordirakische Stadt Kirkuk in den Mittelpunkt der türkischen Sorgen.

Die irakischen Kurden beanspruchen die Vielvölkerstadt, in deren Umgebung 40 Prozent der irakischen Ölreserven lagern, als Hauptstadt eines künftigen Kurdenstaates.

Die Provinz Kirkuk liegt zwar noch außerhalb der kurdischen Autonomiezone. In einer Volksabstimmung sollen die Bewohner der Region aber bis Jahresende über einen Anschluss abstimmen. Im Vorfeld des Referendums siedeln sich jetzt immer mehr kurdische Familien in Kirkuk an; in türkischen Geheimdienstberichten ist von 600 000 Umsiedlern die Rede. Offenbar fördern die Behörden der Autonomiezone den Zuzug mit Geldprämien und der Zuteilung von Bauland.

Kurdische Politiker stellen die Zuwanderung als „Normalisierung“ dar, nachdem Saddam Hussein seit den 70er Jahren hunderttausende Kurden aus Kirkuk vertrieben und dort Araber angesiedelt hatte. Die türkische Regierung dagegen fürchtet eine „ethnische Säuberung“ zu Lasten der traditionellen in Kirkuk lebenden ethnischen Türken, der Turkmenen. „Wir werden dieser Entwicklung nicht untätig zusehen“, warnte Ministerpräsident Tayyip Erdogan.

Vor einer drohenden Krise in Kirkuk warnen auch die Vereinten Nationen. In einem Bericht heißt es, Turkmenen und Araber sähen sich zunehmend Einschüchterungen und Festnahmen durch kurdische Sicherheitskräfte ausgesetzt. Die UNO-Beobachter sehen darin „Vorboten einer heraufziehenden Krise“, aus der ein „regionaler Flächenbrand“ entstehen könnte. Der US-Botschafter in Bagdad, Zalmay Khalilzad, bezeichnet die Kirkuk-Frage zwar als „innere Angelegenheit des Irak, in die ausländische Mächte nicht intervenieren sollten“.

In Ankara sieht man das jedoch anders. Hier geraten die USA in die Kritik, weil sie die PKK-Rebellen im Nordirak gewähren lassen und den kurdischen Ansprüchen auf Kirkuk nicht entgegen treten. Erdogan ging mit dem „angeblichen strategi-

schen Verbündeten“ USA, wie er spitz formulierte, hart ins Gericht:

Die USA erwarteten von der Türkei Hilfe in schwierigen Zeiten, seien aber nicht bereit, dasselbe für die Türkei zu tun. Größte Sorge in Ankara ist, dass ein Kurdenstaat, der mit den Ölquellen von Kirkuk eine solide wirtschaftliche Basis hätte, neue Abspaltungsbestrebungen der türkischen Kurden wecken könnte.

In Ankara mehren sich deshalb die Forderungen nach einer militärischen Intervention. Oppositionsführer Deniz Baykal sprach sich dafür aus, die Regierung zu einer Entsendung von Truppen zu ermächtigen. Nach Informationen aus Armeekreisen haben die Streitkräfte ihre Präsenz in der Grenzregion in den vergangenen Tagen weiter verstärkt. Ob das nur Drohgebärden oder Vorbereitungen einer Invasion sind, ist offen.

US-Vize-Außenminister Nicholas Burns, der heute in Ankara ist, dürfte versuchen, der türkischen Regierung die Militär-Option auszureden. Denn ein Einmarsch in Nordirak, fürchtet man in Washington, könnte auch diese, bisher noch relativ ruhige Region ins Bürgerkriegs-Chaos stürzen.

(Quelle: Handelsblatt.com, 19.01.07)

Papst fordert juristischen Status für katholische Kirche in der Türkei

Die verschiedenen Religionen sollen zusammen für den Frieden arbeiten, sagte Benedikt XVI. beim Empfang für den türkischen Botschafter beim Heiligen Stuhl.

Vatikan (www.kath.net) Papst Benedikt XVI. fordert einen juristischen Status für die katholische Kirche in der Türkei. Gegenüber dem neuen türkischen Botschafter beim Vatikan betonte er erneut seinen Respekt vor dem Islam und die Rolle der Türkei als Brücke zwischen Europa und Asien, berichtete Radio Vatikan.

Benedikt, der Ende November 2006 eine vielbeachtete Reise durch das Land unternommen hatte, vermied aber eine Festlegung, ob er einen Beitritt der Türkei zur EU wünscht oder nicht. „Die katholische Kirche ist in der türkischen Gesellschaft verwurzelt – dank dem wertvollen Erbe der ersten christlichen Gemeinschaften von Kleinasien..., aber auch durch die Existenz der christlichen Gemeinschaften von heute.“

Christen seien zwar eine Minderheit, „aber sie hängen an ihrem Land und am Gemeinwohl der ganzen Gesellschaft“, bemerkte der Papst. „Die katholische Kirche erfreut sich der Religionsfreiheit, die die türkische Verfassung ... anerkennt; aber sie wünscht sich einen anerkannten juristischen Status und die Bildung einer offiziellen Dialoginstanz zwischen Bischofskonferenz und Behörden, um verschiedene Probleme zu regeln.“

„Bei meiner Reise habe ich mehrfach den Respekt der katholischen Kirche für den Islam ausgedrückt“, erinnerte Benedikt. „Vor allem bei meinem Besuch der Blauen Moschee von Istanbul. In einer Welt, in der die Spannungen zunehmen, glaubt der Heilige Stuhl..., dass die verschiedenen Religionen zusammen für den Frieden arbeiten sollten. Das

beginnt mit der Absage an Gewalt, die in der Vergangenheit zu oft mit dem Vorwand einer religiösen Motivation angewandt wurde.“

(Quelle: kath.net, 19.01.07)

Türkei und der Mord an Hrant Dink

Premier Erdogan nannte den Mord eine »Gewehrkugel, die auf die Demokratie abgefeuert wurde« und beglückwünschte »im Namen des Landes und der Nation« seine Sicherheitsorgane zum schnellen Fahndungserfolg. Das ist mehr als scheinheilig. Natürlich ist der türkische Staat im strafrechtlichen Sinne nicht direkt verantwortlich zu machen für Hrant Dinks gewaltsamen Tod.

Aber der nun festgenommene Tatverdächtige auch nicht. Zum einen ist er als Minderjähriger wohl auch in der Türkei nicht voll schuldfähig. Zum zweiten stellt sich eben nicht nur die Frage nach der persönlichen Vorwerfbarkeit, der sittlichen und geistigen Reife dieses Jungen, sondern der Gesellschaft als solche. Wie kann der Attentäter das Unrecht einsehen, wenn es an der Einsicht in seinem Umfeld fehlt? Wenn der Staat selbst Kritiker brutal verfolgt, ein offizielles und öffentliches Schuldbekennnis für den Völkermord an den Armeniern 1915/17 verweigert und am archaischen, universelle Menschenrechte verhöhnenden Strafrechtsparagrafen »Beleidigung des Türkentums« festhält. Nach diesem wurde nicht nur Dink im vergangenen Jahr »rechtskräftig« verurteilt, er traf zuvor schon viele, darunter den Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk. Hoffen lässt, dass viele Bürger am Bosphorus in Einsicht und Erkenntnis reifer sind als ihr Staat. Sie bekundeten in Istanbul und Ankara Abscheu für Tat und Täter. *(Quelle: Presse Portal, 21.01.07)*

Massenproteste in der Türkei

Ermordeter armenischer Journalist

Nach der Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink in Istanbul sind in der Türkei tausende Menschen auf die Straße gegangen. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International warf der Regierung vor, eine Atmosphäre geschaffen zu haben, in der gewalttätige Angriffe stattfinden könnten. Grünen-Politiker Cem Özdemir warnte vor einem "Ultranationalismus" in der Türkei.

Auch der Direktor des Zentrums für Türkeistudien in Essen, Faruk Sen, übte Kritik an der türkischen Regierung. Gegenüber dem "Focus" sagte er, die Polizei habe Dink trotz Morddrohungen nicht geschützt. Der 53-jährige Dink war am Freitag in Istanbul auf offener Straße erschossen worden. Der bekannteste Vertreter der armenischen Minderheit in der Türkei setzte sich als Herausgeber der zweisprachigen Wochenzeitung "Agos" für die Rechte der armenischen Minderheit ein.

Aus Protest gegen den Mord gingen am Freitagabend tausende Menschen in der Türkei auf die Straße. In Istanbul versammelten sich rund 5000 Menschen zu einer spontanen Kundgebung auf dem Hauptplatz der Metropole. In der Hauptstadt Ankara folgten rund 700 Menschen einem Aufruf von Menschenrechtsgruppen und Gewerkschaften. Am

Abend meldeten die Behörden die Festnahme von drei Verdächtigen.

Der Direktor des Amnesty-International-Programmes für Europa und Zentralasien, Nicola Duckworth, stellte einen Zusammenhang zwischen dem Mord und der türkischen Gesetzgebung her: "In der Türkei gibt es immer noch eine Reihe von strengen Gesetzen, die die Unterdrückung der Meinungsfreiheit fördern." Diese Gesetze und Erklärungen von Regierungsmitarbeitern, Staatsbeamten und Armeeangehörigen, die eine kritische Debatte und abweichende Meinungen verurteilten, "schaffen eine Atmosphäre, in der gewalttätige Angriffe stattfinden können", erklärte Duckworth.

Dink habe noch am 10. Januar Drohbriefe erhalten, die er der Staatsanwaltschaft vorgelegt habe, sagte der Chef des Essener Zentrums für Türkeistudien, Sen, dem "Focus". "Aber die hat nichts unternommen". Es sei eine Schande, "dass die türkische Polizei ihn nicht geschützt hat." Der Wissenschaftler, der mit Dink seit Jahren befreundet war, übte auch Kritik an den türkischen Gerichten. "Die Justiz hat ihn nie in Ruhe gelassen, ein Prozess folgte auf den anderen." In einer Presseerklärung forderte Sen, dass die Türkei "endlich auch für kritische Bürger ein sicherer Ort sein muss."

Das Leben derjenigen, die sich in der Türkei "für Demokratie und Menschenrechte einsetzen", sei "weniger sicher als das von Ultranationalisten und Rechtsradikalen", sagte Özdemir im Interview mit "Spiegel Online". Der Europaparlamentarier beklagte eine "unerträgliche Hetze" gegen "Intellektuelle, die den Nationalismus kritisieren". Es gebe in Teilen der türkischen Justiz, Verwaltung und Polizei einen "Staat im Staat", der sich gegen die Liberalisierung des Landes stemme. "Diese Kräfte sehen bei einer weiteren Demokratisierung ihre Position und ihre Pfründe bedroht und sind zu allem bereit." Der französische Präsident Jacques Chirac verurteilte den Mord als "greulichen" Akt. Die Türkei habe eine "seiner mutigsten und freiesten Stimmen" verloren, erklärte er. Zuvor hatten bereits die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die USA und Armenien die Tat kritisiert. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprach von einem "Angriff auf unsere Einheit, unsere Freiheit, die Gedanken- und Meinungsfreiheit und unsere demokratische Lebensweise". *(Quelle: RP.Online, 21.01.07)*

Nach Mord an Dink - Zweifel an EU-Reife der Türkei

Die Türkei trage eine Mitverantwortung an dem jüngsten Journalisten-Mord, sagt Erika Steinbach. Als Ursache sieht die CDU-Menschenrechtspolitikerin Defizite in der Rechtsprechung. Angesichts der Ermordung des prominenten türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink im Istanbul Stadtzentrum zweifelt die Union im Bundestag an der EU-Reife der Türkei. «Von einem Land, das der Europäischen Union beitreten möchte, muss erwartet werden können, dass es zum Schutz seiner engagierten Journalisten bereit ist», forderte die Unions- Menschenrechts- Politikerin

Erika Steinbach. Die Union war auch schon vor dem Mord gegen einen Beitritt der Türkei zur EU. Die CDU-Politikerin bemängelte, dass die Europäische Union die türkische Regierung, schon «seit langem» dränge, den Hochverrats-Tatbestand «Beleidigung des Türkentums» abzuschaffen, weil dieser Paragraf «immer wieder zum Mundtotmachen kritischer Stimmen missbraucht» werde. Doch trotz anderslautender Versprechen sei die Türkei dem bislang nicht nachgekommen. Dies trage letztlich «zu so schockierenden Verbrechen» wie dem Journalisten- Mord bei und könne daher nicht widerspruchlos hingenommen werden.

Zum Feind ausgerufen

Der 53-jährige Dink war am Freitag in Istanbul auf offener Straße erschossen worden. Der bekannteste Vertreter der armenischen Minderheit in der Türkei hatte sich als Herausgeber der zweisprachigen Wochenzeitung «Agos» für die Rechte der armenischen Minderheit eingesetzt.

Ähnlich äußerte sich der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk. Schuld an Dinks Tod trügen vor allem all jene, die an dem berüchtigten «Türkentum»-Paragrafen 301 des Strafgesetzbuches festhielten, sagte Pamuk Presseberichten zufolge nach einem Beileidsbesuch bei Dinks Familie und bei dessen Zeitung «Agos». Der Journalist sei zum «Feind der Türken» ausgerufen und zur Zielscheibe für den Mordanschlag gemacht worden.

Polizeischutz angeordnet

Dink, Pamuk und andere Intellektuelle waren in den vergangenen zwei Jahren auf Grundlage des Paragrafen 301 vor Gericht gestellt worden. Damit ist Dink, wie CDU-Politikerin Steinbach sagte, «zum Landesverräter und damit zum Feindbild und potentielltem Opfer nationalistischer Kreise» geworden. Insofern trage die Türkei «selbst einen Teil der Verantwortung an diesem Verbrechen».

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte nach Dinks Tod angeordnet, dass Pamuk und andere prominente 301-Opfer unter Polizeischutz gestellt werden sollten. Die Zeitung «Sabah» berichtete jedoch, vor Pamuks Wohnung in Istanbul seien am Wochenende keine Polizisten zu sehen gewesen.

(Quelle: nz, 22.01.07)

Irak:

An die Öffentlichkeit

Der Weg aus dem Chaos liegt nicht in der Zufriedenstellung der Rückständigen und Diktatoren!

Der Bericht der Irak-Arbeitsgruppe, erarbeitet unter dem Vorsitz des ehemaligen US-Kongressabgeordneten Lee Hamilton und des ehemaligen Außenministers James Baker, ist weit davon entfernt, das Irakproblem zu lösen. Ganz im Gegenteil würden sich die Probleme im Falle der Umsetzung der Empfehlungen im Bericht noch weiter vertiefen und unüberwindbar werden.

Diese Arbeitsgruppe hat bei der Vorbereitung seines Berichtes die Realitäten in der Region nicht

berücksichtigt und ignoriert die Entwicklungen im Irak und in Südkurdistan seit 2003.

Der Bericht stützt sich auf die sunnitischen Araber und die Überbleibsel der BAAS-Partei, die mit dem Sturz der Saddam-Diktatur ihre Privilegien verloren haben, und auf die Forderungen rückständiger und diktatorischer Regimes. Er enthält Empfehlungen, die die Zukunft Südkurdistans gefährden.

Mit seiner Forderung, die bei der Volksabstimmung von einer großen Mehrheit der irakischen Völker angenommene Verfassung, auch konträr zu durch sie geschaffenen Mechanismen zu überarbeiten, verachtet den freien Willen der Völker Iraks.

Ganz so wie die Diktatoren des Mittleren Ostens empfiehlt der Bericht eine starke zentrale Regierung und lockere regionale Verwaltungen für den Irak. Dies wiederum ignoriert die Entwicklungen im Irak bis zum heutigen Tag und versucht dem Land wieder ein enges Korsett überzustülpen.

Weiter wird empfohlen, die Kontrolle und den Betrieb der Anlagen für die Bodenschätze, allen voran des Erdöls, der Zentralregierung zu übertragen. Dies jedoch würde nicht nur den Verfassungsartikel dazu mit den Füßen treten, sondern auch die Vereinbarungen zwischen der Zentralregierung und der Regionalregierung Kurdistans für null und nichtig erklären.

Mit der Forderung, die Einnahmen aus dem Erdöl unter die Kontrolle der Zentralregierung zu stellen, sollen in erster Linie die sunnitischen Araber und die Überbleibsel der BAAS, sowie die Türkei und die anderen imperialistischen Staaten zufrieden gestellt werden. So soll verhindert werden, dass die Erdöleinnahmen für den Aufbau unseres Landes verwendet werden.

Aus der Sicht der Kurden ist der Absatz zu Kirkuk der zweifelloso unglücklichste und unakzeptabelste des Berichtes.

Der Bericht fordert ein Aufschieben der Umsetzung des Artikels 140 der irakischen Verfassung, in dem es um Kirkuk und andere von der Arabisierungspolitik betroffenen Regionen geht. Es wird die Implementierung einer internationalen Gruppe für die Umsetzung dieses Artikels gefordert.

Es sollte nicht vergessen werden, dass Artikel 140 nach langen, harten Auseinandersetzungen und großen Zugeständnissen der Kurden akzeptiert wurde.

Die politische Führung Südkurdistans hat bei jeder Gelegenheit bekräftigt, dass sie für die Umsetzung des Artikels 140 so wie in der Verfassung festgelegt ist und dass sie nicht zu weiteren Zugeständnissen bei diesem Thema bereit ist. Angesichts dieser Tatsachen zeigen die Artikel des Berichts zu Kirkuk und zum Erdöl vor allem, dass der Wille des Volkes Südkurdistans nicht berücksichtigt wurde.

Die unrealistischen Empfehlungen im Bericht der Irak-Arbeitsgruppe, die den Forderungen derjenigen Kräfte in der Region, die das Status Quo aufrechterhalten und jede Veränderung blockieren wollen, Rechnung tragen, stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Errungenschaften in Südkurdistan dar.

Mit den Bemühungen der Kurden in allen Teilen Kurdistans ist es möglich, die Gefahr und das Risiko zu beseitigen. Deshalb unterstützen alle patriotischen Organisationen und Parteien die Erklärung des Präsidenten der Regionalregierung Kurdistans Massoud Barzani, die die Haltung der politischen Führung Südkurdistans wiedergibt.

Die US-Regierung und Präsident Bush sollten die Vorschläge und Empfehlungen der Irak-Arbeitsgruppe nicht berücksichtigen.

Diese sind lediglich dazu geeignet, die regionalen Probleme zu vergrößern und vollends zu verwirren. Die Kurden stellen sich wieder voller Sorge die Frage, ob die USA sie wieder auf halbem Wege alleinlassen wird. Die USA sollten Schritte unternehmen, die diese Sorgen beseitigen.

Der Bericht der Irak-Arbeitsgruppe, die aktuellen Dimensionen der Kämpfe, die andauernden Spannungen zwischen der politischen Führung Südkurdistans und der Zentralregierung und die Anstrengungen der Besatzerstaaten, allen voran der Türkei, sind die Vorboten der eventuellen prekären Entwicklungen in kommenden Tagen.

Um gegen die künftigen Entwicklungen, die die gesamten patriotischen Bewegungen in allen Teilen Kurdistans direkt betreffen, vorbereitet zu sein und eine entschlossene, gemeinsame nationale Interessen schützende Reaktion zeigen zu können, ist eine Zusammenarbeit der patriotischen Organisationen unerlässlich.

Alle patriotischen Kräfte, allen voran die politische Führung Südkurdistans, müssen für diese ehrenhafte Aufgabe ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Sozialistische Partei Kurdistans-PSK, 12. Dezember 2006)

UN-Kommissarin will weitere Hinrichtungen im Irak verhindern

UN-Menschenrechtskommissarin Louise Arbour hat an den irakischen Präsidenten Dschalal Talabani appelliert, zwei Mitangeklagte Saddam Husseins nicht wie geplant hinzurichten.

Die Todesstrafe sei nach dem Völkerrecht nur in Ausnahmefällen unter strengen gesetzlichen Bedingungen zulässig, erklärte Arbour am Mittwoch in Genf. Die bereits vor der Hinrichtung Saddam Husseins geäußerten Zweifel an der Fairness und Unparteilichkeit des Verfahrens bestünden auch im Fall des zum Tode verurteilten früheren Geheimdienstchefs Barsan Ibrahim und des ehemaligen Vorsitzenden des Revolutionsgerichts, Awad Hamed al Bandar.

Der Irak sei international verpflichtet, den Verurteilten die Möglichkeit zu geben, um Strafumwandlung oder Begnadigung zu bitten, betonte die ehemalige kanadische Verfassungsrichterin. Al Bandar und Ibrahim, ein Halbbruder Saddam Husseins, waren am 5. November zusammen mit dem früheren irakischen Präsidenten zum Tod durch den Strang verurteilt worden.

Sie sollen für den Mord an fast 150 Schiiten nach einem Anschlag auf Saddam Hussein im Jahr 1982 verantwortlich sein. Die Hinrichtung der beiden soll am (morgigen) Donnerstag erfolgen. Saddam Hus-

sein selbst war am vergangenen Samstag gehenkt worden. *(Quelle: www.20minuten.ch, 03.01.07)*

Nach Saddams Hinrichtung

Lage und Perspektiven für den Irak

Kein "Meilenstein", sondern ein "Mühlstein" für den Irak, kommentierten Kollegen der amerikanischen Presse bissig. Und sie haben recht: zur Befriedung des Irak wird der Tod Saddam Husseins nicht beitragen, im Gegenteil. Der "Barbar von Bagdad" ist begraben, doch die Gräben zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden sind tiefer geworden. Wer mag es Saddams Anhängern schon verdenken, dass sie seine Hinrichtung und ihre entwürdigenden Begleitumstände als Racheakt empfinden.

Doch nicht nur sie zürnen; viele Opfer des Diktators fühlen sich ebenso verhöhnt und um die erhoffte Gerechtigkeit betrogen. Ein Großteil der Gräueltaten des Sadisten Saddam wurde im Prozess nicht aufgearbeitet, das Giftgasmassaker an den Kurden in Halabdscha 1988 etwa. Die eilige Exekution war ein vorzeitiger Schlussstrich nach einem juristisch fragwürdigen Prozess.

Der Meilenstein, den George Bush darin gerne sähe, dieser Meilenstein markiert allenfalls den Weg zurück in die Vergangenheit. Im Irak - und nicht nur dort - zeichnet sich ein Rückfall in die Strukturen der Stammesgesellschaft ab. Und die Zentralregierung ist zu schwach, die verfeindeten Lager zu einen. Mit der zügigen Vollstreckung des Saddam-Urteils versuchte Ministerpräsident Maliki, Stärke zu zeigen. Stattdessen geriet das rohe Spektakel zur Selbst-Demontage. Wer nicht einmal eine Hinrichtung organisieren kann, wird wohl kaum den Irak in den Griff bekommen. Hass und weitere Verrohung sind mit den Abscheu erregenden Videoaufnahmen programmiert.

Die Chance auf einen neuen Irak westlicher Prägung scheint vertan. Nur einer glaubt wohl noch daran: der Weltmissionar im Weißen Haus. Der Krieg im einstigen Mesopotamien war ein Fehler, der die Staatengemeinschaft noch lange beschäftigen wird. Wieder einmal zeigt sich, wie einfach es ist, einen Tyrannen zu stürzen. Und wie schwer, ein besseres System zu etablieren. Erst recht, wenn man an die kulturellen Charakteristika eines Landes vorher keinen Gedanken verschwendet.

Was bleibt, ist eine unbequeme Erkenntnis: Viele Iraker teilen unsere westlichen Wertvorstellungen nicht. Wie könnten sie auch? Wo hätten sie je lernen und akzeptieren können, was Demokratie und Rechtsstaat bedeuten? Zudem ist der heutige Irak als "Nationalstaat" ein künstliches koloniales Konstrukt, das jetzt drauf und dran ist, wieder in seine Einzelteile zu zerfallen. Der amerikanische Autor und Ex-Diplomat Peter Galbraith bringt es wohl auf den Punkt, wenn er sagt:

An einem geeinten arabischen Irak festzuhalten, das wäre die Formel für endlosen Krieg. Bedauerlich ist das, aber realistisch. Galbraith plädiert folgerichtig für eine Dreiteilung des Zweistromlandes.

Die arabische Welt lässt sich nicht von außen modernisieren. Vorhaben dieser Art haben bislang nur

Früchte des Zornes hervorgebracht. Täglicher Terror, das ist die bittere Bilanz - im Irak wie in Afghanistan. Ohne Impulse und Ideen aus den islamischen Ländern wird es nicht gehen. Nur ihnen selbst kann es gelingen, Religion, Tradition, ethnische Eigenheiten mit modernen Staatsformen in Einklang zu bringen.

Für den Westen heißt das: Schluss mit der massiven Einmischung. Hände weg von militärischen Abenteuer. Auch auf die Gefahr hin, dass in einigen Ländern für einige Zeit die Falschen das Sagen haben. Gleichzeitig gilt es, jene Unerschrockenen zu unterstützen, die sich - von Marokko bis Pakistan - für Reformen engagieren. Das heißt auch: weniger Rückendeckung für Autokraten wie Mubarak in Ägypten, die jedes zarte demokratische Pflänzchen zertrampeln.

Einiges spricht dafür, dass diese Strategie wirken könnte: die schlechten Ergebnisse für den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad bei den jüngsten Wahlen im Dezember zum Beispiel. Oder die klugen Modernisierungsschritte in den arabischen Emiraten, die inzwischen eine Gegenwelt bilden zu Armut und Despotie.

Was bliebe auch als Alternative? Weitere kluge Ratschläge zur Errichtung einer "barbarischen Demokratie", in der konsequent vollstreckte Todesurteile zu den wenigen Errungenschaften zählen? Der "Barbar von Bagdad" hätte daran gewiss seine Freude. (Quelle: *dradio.de*, 06.01.07)

Malikis neuer Plan für Bagdad

Iraks Regierungschef weist Kritik an Hinrichtung Saddams zurück. Ban Ki Moon fordert Aussetzung weiterer Todesurteile. Prozess wegen Völkermord an Kurden geht weiter

Der irakische Regierungschef Nuri al-Maliki hat am Wochenende mit der Umsetzung eines neuen Sicherheitsplans für die Hauptstadt Bagdad begonnen. Am Samstag wurden bei einem Feuergefecht zwischen irakischen Soldaten und Aufständischen in der Hauptstadt laut Staatsfernsehen 30 Verdächtige getötet. Es ist bereits das dritte Mal seit seinem Amtsantritt vor sieben Monaten, dass al-Maliki einen "neuen Sicherheitsplan" vorlegt. Zuvor waren in Bagdad die Leichen von 71 Mordopfern gefunden worden.

Der neue Sicherheitsplan für die Hauptstadt werde mit Rückendeckung der US-Truppen umgesetzt, erklärte al-Maliki in einer Rede zum 85. Jahrestag der Gründung der irakischen Armee. Nach Angaben eines Vertrauten stellte der Regierungschef dafür 20.000 Soldaten ab. Wer auf der Straße mit einer Waffe angetroffen werde, werde festgenommen, sagte Hassan al-Sunaid. Der Sicherheitsplan soll nach Angaben von Beratern Malikis zur neuen Irakstrategie der US-Regierung beitragen, die Präsident George W. Bush in den nächsten Tagen bekannt geben will.

Der irakische Regierungschef verbat sich derweil ausländische Kritik an der Exekution, bei der Saddam beschimpft worden war. "Die irakische Regierung wird sich gezwungen sehen, ihre Beziehungen

zu jedem Land zu überprüfen, das nicht den Willen des irakischen Volkes respektiert", sagte er.

Die mit Saddam zum Tode verurteilten Exfunktionäre Barsan al-Tikriti und Awad al-Bandar warten unterdessen weiter auf ihre Hinrichtung. Ihr Anwalt, Essam Ghasawi, sagte der arabischen Zeitung *al-Schark al-Awsat*, die beiden Verurteilten hätten ihn gefragt, ob es nicht doch noch möglich sei, eine Aufhebung der Todesstrafe zu erwirken. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon forderte die Regierung in Bagdad auf, die Hinrichtung der beiden Männer auszusetzen.

Al-Tikriti, ein Halbbruder Saddams, erklärte laut Anwalt, die Bewacher hätten ihnen am 30. Dezember einen Fernseher gebracht, damit sie sehen, wie Saddam gehängt wird. "Wir haben gesehen, wie sie ihm den Strick um den Hals gelegt haben, dann haben sie den Fernseher wieder weggenommen", sagte er. Saddam und seine beiden Mitangeklagten waren wegen der Hinrichtung von 148 Schiiten aus Dudschail im Jahr 1982 zum Tode verurteilt worden.

Nach Angaben eines Gerichtssprechers soll heute der Prozess wegen des Völkermords an den Kurden fortgesetzt werden. In dem Verfahren, in dem auch Saddam angeklagt gewesen war, stehen jetzt noch sechs Exfunktionäre vor Gericht, darunter Saddams Cousin Ali Hassan al-Madschid, der seit den Giftgasangriffen auf kurdische Dörfer "Chemie-Ali" genannt wird. (Quelle: *taz*, 08.01.07)

Neuer Hilfsappell für Irakflüchtlinge

Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) hat heute einen dringenden Finanzierungsauftrag für ein Hilfsprogramm von 60 Millionen US-Dollar (ca. 46,1 Mio. Euro) vorgestellt. Die Sondermittel sind notwendig, um in diesem Jahr Hunderttausende von Flüchtlinge und Vertriebene des Irak-Konflikts unterstützen zu können. UNHCR will die Hilfsmaßnahmen in Syrien, Jordanien, Ägypten, im Libanon, in der Türkei und auch im Irak durchführen.

UNHCR geht davon aus, dass aufgrund der fortwährenden Gewalt weiterhin mit Massenflucht und Vertreibung von Irakern zu rechnen ist. Der aktuelle Exodus stellt die größte längerfristige Fluchtbewegung im Nahen Osten seit der Vertreibung der Palästinenser nach der Gründung Israels 1948 dar. Ungefähr jeder achte Iraker ist derzeit auf der Flucht. Immer mehr Menschen fliehen vor der wachsenden konfessionell motivierten, ethnischen aber auch allgemeinen Gewalt. Allein 2006, so schätzt UNHCR, sind fast 500.000 Iraker im eigenen Land geflohen, jeden Monat kommen bis zu 50.000 hinzu.

"Je länger dieser Konflikt dauert, desto schwieriger wird die Lage der Hunderttausenden Vertriebenen und der Gemeinden, die ihnen versuchen zu helfen - innerhalb und außerhalb des Irak", sagte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. "Die Belastung für Aufnahmegemeinden und Regierungen in der Region ist gewaltig. Es kommt jetzt darauf an, dass die internationale Gemeinschaft die huma-

nitären Bemühungen unterstützt und so den am stärksten Betroffenen hilft."

Ein bedeutender Anteil der vertriebenen Irakerinnen und Iraker, so betont der UNHCR-Aufruf, ist bereits oder demnächst mittellos. Viele Aufnahmegemeinden sind ebenfalls nicht mehr in der Lage sie zu unterstützen. Es häufen sich Berichte über Zwangsprostitution und Kinderarbeit. UNHCR will daher besonders gefährdete Personen registrieren und gezielt unterstützen. Die Regierungen mancher Aufnahmeländer sind nicht in der Lage, den Irakern die grundlegenden sozialen Dienste zu bieten. In Syrien etwa gehen 30 Prozent der irakischen Kinder nicht in die Schule.

Trotz der Gefahren für humanitäre Helfer im Irak ruft UNHCR auch dazu auf, bis zu 250.000 besonders hilfsbedürftige Binnenvertriebene durch lokale Organisationen zu unterstützen.

Die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen im Irak dürfte derzeit bei 1,7 Millionen liegen. Bis zu zwei Millionen Iraker sind in die Nachbarländer geflohen. Nach Schätzungen leben in Syrien zwischen 500.000 und eine Million Irak-Flüchtlinge, in Jordanien bis zu 700.000, 20.000 bis 80.000 in Ägypten und bis zu 40.000 im Libanon. Die Zahl der irakischen Flüchtlinge in der Türkei ist unbekannt. Das UNHCR-Programm für irakische Flüchtlinge belief sich im Jahr 2006 auf 29 Millionen US-Dollar. (Quelle: UNHCR, 08.01.07)

Völkermordprozess in Bagdad ohne Saddam fortgesetzt

Neun Tage nach der Hinrichtung von Saddam Hussein hat das irakische Sondertribunal den Völkermordprozess gegen die Mitangeklagten des ehemaligen Diktators fortgesetzt.

Zum Auftakt der Sitzung am Montag stellte der Vorsitzende Richter Mohammed al-Urejbi auch formal das Verfahren gegen Saddam ein, der in einem anderen Prozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt worden war. Im Gerichtssaal erklang die Stimme des Ex-Präsidenten jedoch von Tonbändern, auf denen er mit seinem als "Chemie-Ali" bekannten Vetter über den Einsatz chemischer Waffen gegen die Kurden diskutiert. Im Westen der Hauptstadt griffen Unbekannte einen mit Arbeitern besetzten Bus an und töteten 15 Menschen.

Viele irakische Kurden bedauern, dass Saddam vor einem Urteil in dem Völkermordprozess exekutiert wurde. Der Staatsanwaltschaft zufolge wurden während der Offensive "Anfal" im Jahr 1988 rund 180.000 Menschen getötet, viele von ihnen vergast. Saddams Vetter Hassan al-Madschid und fünf weiteren Mitgliedern der ehemaligen irakischen Führung droht in dem Verfahren die Todesstrafe. Der bisher von Saddam benutzte Stuhl blieb leer. Richter Urejbi ließ verhindern, dass Madschid zum Auftakt der Sitzung ein Gebet für den Hingerichteten verlas.

Auf den Tonbändern war zu hören, wie Madschid mit Saddam über den geplanten Giftgaseinsatz spricht. "Ich werde sie mit chemischen Waffen angreifen und sie alle und jeden töten, der etwas

sagt", sagt eine Stimme, die der Anklage zufolge die von Madschid ist. "Ja das ist, so wie wir es verstehen, effektiv, besonders bei denen, die nicht sofort eine Gasmaske aufziehen", hört man Saddam. Der Ex-Präsident war in einem ersten Gerichtsverfahren um die Ermordung von 148 schiitischen Dorfbewohnern zum Tod durch den Strang verurteilt und am 30. Dezember hingerichtet worden. (...) (Quelle: Reuters, 08.01.07)

Die Folgen eine Intervention im Nordirak...

Von Mehmet Ali Birand

Heute wird im Parlament der Türkei über Kerkuk debattiert. Beziehungsweise wird die Debatte mit Kerkuk beginnen, dann zur Existenz der PKK in den Kandil-Bergen und schließlich zur möglichen Gründung eines kurdischen Staates im Nordirak übergehen. [...] Wie auf einer offenen Aktion, wird derjenige als Held daraus hervorgehen, der am lautesten nach einer Militärintervention schreit. Aber niemand wird über die Rechnung einer solchen Intervention sprechen. Im Gegenteil wird es heißen, dass alles getan werden muss, um die Gründung eines kurdischen Staates im Nordirak zu verhindern.

Man muß nicht groß rumrechnen. Ich habe eine Rechnung aufgestellt, ohne besondere Details und Übertreibung. Es ist eine sehr bescheidene Rechnung. Wenn es unter unseren Abgeordneten, die heute im Parlament sprechen, oder unseren Bürgen, die im Kaffeehaus diskutieren, jemanden gibt, den das interessiert, sollte er folgendes lesen.

Und hier ist sie, die Rechnung einer möglichen Nordirakintervention unter Beteiligung von Tausenden unserer Soldaten:

Vor allem wird die türkisch-amerikanische Beziehung einen unglaublichen Schlag erhalten; wir müssen daran denken, dass es an bestimmten Punkten bis zu Auseinandersetzungen zwischen Soldaten der türkischen und der US-Armeen kommen kann. Einzelheiten der politisch-wirtschaftlichen und militärischen Verluste für die Türkei, wenn sie sich auf eine militärische Auseinandersetzung mit den USA einlässt, müssen hier wohl nicht aufgezählt werden.

Das zweite Problem, mit dem die türkischen Streitkräfte konfrontiert wären, sind die militärischen Einheiten des Nordirak. Auch wenn sie mit der Stärke unserer Armee nicht vergleichbar sind, wäre die menschliche Bilanz militärischer Auseinandersetzung mit Zehntausenden Peschmerga [...] größer als vorstellbar.

Ein Einmarsch türkischer Truppen im Nordirak würde sowohl in der arabischen Welt großes Missfallen erregen als auch die Konzentration ausländischer Kräfte von islamistischen Gruppen, die im Namen der Religion kämpfen, hervorrufen. Die Wahrscheinlichkeit, dass in einem solchen Fall die aus Bagdad bekannten blutigen Szenarien auf den Nordirak übergreifen, ist sehr hoch.

Ein Einmarsch der Türkei im Nordirak wäre eine glänzende Gelegenheit dafür, Aufstände im Südosten anzuzetteln, das Chaos zu vergrößern und innerhalb der Türkei einen Krieg ausbrechen zu lassen. [...]

In wirtschaftlicher Hinsicht wäre die Türkei gezwungen, die Kosten der Militäraktion zu tragen, würde aufgrund des Konflikts mit den USA auf den internationalen Märkten in Schwierigkeiten geraten und im Inland mit einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert werden.

Zusammengefasst: Tausende Tote, Zehntausende Verletzte und wirtschaftlicher Bankrott... [...] Wenn man bedenkt, dass eine solche Operation jahrelang andauern kann, werden die Dimensionen dieser Rechnung noch begreiflicher. Der Nordirak ist kein Ort, an dem man innerhalb von ein paar Monaten seine Angelegenheiten regeln und sich dann zurückziehen kann. Wir sprechen von einem totalen Sumpf.

Es gibt zwei verschiedene Optionen für eine Intervention der Türkei. Zum einen eine begrenzte Luftoperation auf die Kandil-Berge, um die PKK-Lager auszulöschen; zum anderen eine riesige Bodenoperation unter Beteiligung von fast 100.000 Personen, um eine mögliche Unabhängigkeit des Nordiraks zu verhindern. Betrachten wir einmal die möglichen Folgen dieser beiden Optionen für unser Land:

Kein einziger Fachmann glaubt daran, dass die PKK-Lager durch Luftangriffe auf Kandil vernichtet werden können. Ohnehin ist die PKK vorbereitet auf einen solchen Angriff und hat bereits ihre Kräfte in andere Gebiete abgezogen. Der erwartete Schlag gegen die PKK wird dadurch nicht umzusetzen sein und die PKK ist in der Lage, nach kurzer Zeit wieder zusammen zu kommen. Nach der Meinung von Fachleuten kennt die PKK die Region sehr gut und es sei äußerst schwierig, ihr einen entscheidenden Schlag zu versetzen, selbst wenn es nach einem Luftangriff noch zu einem Bodentruppeneinsatz kommen würde.

Die Risiken einer Bodenoperation sind so groß, dass sie gar nicht aufgezählt werden können. Vorausehbar ist, dass einhergehend mit einem Einmarsch der Türkei im Irak auch Iran und Syrien sich in Bewegung setzen werden und ein riesiges Chaos in der Region einsetzt. [...]

Betrachten Sie all diese Möglichkeiten und treffen Sie eine Entscheidung: Was sollte die Türkei tun? Sollte das Problem über diplomatische Initiativen gelöst oder auf die militärische Option gesetzt werden? Wenn Sie dazu eine Meinung haben, schreiben sie dem Ministerpräsidenten, vielleicht können sie behilflich sein... (Quelle: Posta, 18.01.07)

Irak protestiert gegen Schwulenrechte

Die irakische Regierung hat einen Menschenrechtsbericht der UNO angegriffen. In dem Bericht wurde kritisiert, dass Schwule zunehmend Opfer im rechtsfreien Raum des irakischen Alltags würden. Islamische Gruppen und Milizen haben in den vergangenen Monat zahlreiche Homosexuelle umge-

bracht. Der Sprecher der irakischen Regierung Ali al-Dabbagh verwahrte sich dagegen, über Homosexualität und Schwulenrechte im Irak zu sprechen. Diese Themen wären in der irakischen Gesellschaft nicht akzeptabel. (Quelle: sergej, 20.01.07)

Neuer Stützpunkt wird errichtet

Kurden in der nordirakischen Provinz Suleimaniya berichteten am Wochenende, US-Soldaten hätten sie aufgefordert, ihre Dörfer zu verlassen, weil auf dem Gebiet der Ortschaft Karadagh ein großer Militärstützpunkt gebaut werde. Der für die kurdischen Kämpfer zuständige Minister des Autonomiegebietes der Kurden, Dschafar al-Barsandschi, sagte der kurdischen Zeitung "Hawlati", kurdische Verantwortliche hätten die Amerikaner gebeten, Militärstützpunkte zu bauen, "um die Wahrung der Rechte der Kurden zu garantieren".

(Quelle: n-tv, 21.01.07)

Iran:

Brief an Bundeskanzlerin Merkel anlässlich der Übernahme des EU- Vorsitz

Sehr geehrte Frau Merkel,
in einer sehr wichtigen Zeit für die Welt, Europa und unsere Heimat Iran, übernimmt Deutschland seit Anfang Januar 2007 den Vorsitz der EU.

Als eine Menschenrechtsgruppe, die seit Jahren in Deutschland gegen die Menschenrechtsverletzungen und für politische Gefangene im Iran aktiv ist und zum Bedauern keine gute Bilanz ihrer Vorgänger in Bezug auf die Menschenrechte im Iran ziehen kann, hoffen wir dass die Übernahme des Vorsitz durch Deutschland dazu führt, dass die EU sich in den nächsten sechs Monaten mehr als zuvor um die schwierige Menschenrechtslage im Iran kümmert.

Als Spitze des Eisbergs der Menschenrechtsverletzungen im Iran durch das Islamische Regime, möchten wir Sie auf **die Zahl der vollstreckten Todesurteile im Iran aufmerksam machen, die seit Jahren die zweithöchste Zahl weltweit ist.***

Die Erfahrungen im Irak, Afghanistan und im Iran haben uns gezeigt, dass eine frühe Unterstützung demokratischer Bewegungen in diesen Ländern, ein Erstarken fundamentalistischer und despotischer Kräfte rechtzeitig unterbinden und dadurch der Weltfrieden erhalten werden kann.

Wir sind Ihnen für jeden Schritt in diese Richtung sehr dankbar.

*Im Jahr 2005 sind mindestens 106 und im Jahr 2006 mindestens 140 Personen hingerichtet worden. Allein in den letzten drei Wochen sind 18 Personen hingerichtet worden, darunter drei politische Gefangene in Süd-Iran/Ahwaz und ein Jugendlicher in Sanandaj/Kurdistan. (Verein zur Verteidigung der politischen Gefangenen im Iran – Köln, 03.01.07)

Unterdrückung der Studenten im Iran

Nach großflächigen Aufständen der Studenten im Iran und vor allem die mutige Demonstration der Studenten der Technischen Universität (Amir-Kabir Universität), traf sich der Mullah-Minister für Hochschulbildung Mohammad-Mehdi Zahedi mit einer handverlesenen Zahl von paramilitärischen Bassij Studenten und Mitgliedern der Revolutionären Garden, die beauftragt wurden, unter den Studenten zu spionieren. Bei diesem Treffen beschuldigte er die Studenten der moralischen Korruption. Bezogen auf sogenannte "gekennzeichnete Studenten" sagte er: "Diese Individuen wurden aufgrund ihres Verhaltens in den letzten drei Jahren, einschließlich ihrer Vorbestrafungen unwürdig befunden." Zahedi wurde nur aus dem Grund in das Kabinett von Mahmoud Ahamdinejad berufen, dass er Studenten unterdrückt und gegen die zunehmende Zahl von Demonstrationen und Aufständen vorgeht. Am 17. November 2006 leugnete er die "Existenz von gekennzeichneten Studenten" und behauptete, dass niemand vom Studium ausgeschlossen würde. Der iranische Widerstand fordert alle internationalen Menschenrechtsorganisationen und Verteidiger der Redefreiheit wie auch Studenten und Kulturvereinigungen auf, die Unterdrückung der Studenten in diesem Regime zu verurteilen und die iranischen Studenten zu unterstützen.

Das Sekretariat des Nationalen Widerstandsrats Iran 24. Dezember 2006. (Quelle: Auswärtiger Ausschuss des Nationalen Widerstandsrates Irans, 05.01.07)

300 Menschen sollen durch Erhängen zu Tode kommen

Der Vorsitzende des Komitees für Nationale Sicherheit und Außenpolitik im Majlis, dem Parlament der Mullahs, Alaeddin Borujerdi, äußerte bei einer Sitzung der Mullahs in Qom, im Zentrum des Landes: "Während eines kürzlichen Besuchs einiger Gefängnisse sahen wir mit eigenen Augen 300 Gefangene im Todestrakt. Zwei Jahre sind seit ihrer Verurteilung vergangen und sie erwarten noch immer ihre Hinrichtung." (staatliche Nachrichtenagentur ISNA, 1. Januar 2007) Borujerdi forderte ihre sofortige Hinrichtung: "Wir müssen keine Gnade zeigen." Heute haben die Handlanger der Mullahs an Qader, Nazar-Ozbak und Rassul im Evin Gefängnis das Todesurteil durch den Strang vollzogen, berichtete die Tageszeitung Iran.

Im Südwesten, in Mahshahr verurteilte das Regime unabhängig davon drei Jugendliche zum Tode. Das staatliche Presseorgan Etemad benannte diese drei Menschen in seinem Artikel am 1. Januar mit den Initialen H.A., A.M. und H.H.

Die grausamen Hinrichtungen und die schamlosen Bemerkungen von Borujerdi im Zusammenhang mit der großen Zahl der offiziell bekannt gegebenen Todesstrafen ist ein Zeichen für die Angst des Regimes vor dem Anwachsen von Aufständen und Demonstrationen. Der iranische Widerstand wiederholt erneut wie notwendig es ist, die Menschenrechtsakte des Regimes an den UN Sicherheitsrat zu übergeben, damit sofort internationale Schritte

eingeleitet werden können, um die abscheulichen Hinrichtungen im Iran zu stoppen.

(Quelle: NWRI, 05.01.07)

Zivilpolizisten kontrollieren die Handys auf den Straßen

Die politische Führung in Iran versucht seinen Untertanen weiterhin ein sauberes und keusches Leben zu ermöglichen und eliminiert alles, was möglicherweise diese Harmonie und Gläubigkeit entgegenstehen könnte.

Nachdem das iranische Regime bereits das Internet auf eine Bandbreite von maximal 128 KBit/s gedrosselt hat, sind nun die Handys dran: Zivilpolizisten haben derzeit die Aufgabe, willkürlich Passanten auf der Straße anzusprechen um deren Handys auf politisch unliebsame Inhalte bzw. pornografische Darstellungen hin zu überprüfen. Handys mit Dateien von "gefährdenden" Inhalten werden kurzerhand gelöscht.

Handys gelten als letztes relativ freies Informationsmedium, nachdem die Kontrolle der iranischen Medien und des Internets in letzter Zeit schon verschärft wurde. Skandale und Nachrichten, die von der Zensur unterdrückt werden, oder einfach Witze über Politiker wie Staatspräsident Mahmoud Ahmadedschad zirkulierten bisher vergleichsweise unkontrolliert von Handy zu Handy.

Was mit den mutmaßlichen Delinquenten selbst passiert, nannte die italienische Nachrichtenagentur AKI in der Ursprungsmeldung nicht.

(Quelle: dsitarife.net, 08.01.07)

Syrien:

**Dramatische Flüchtlingssituation
Über 750.000 irakische Flüchtlinge in Syrien
Diplomatische Kreise in der syrischen Hauptstadt Damaskus beobachten mit Sorge den Flüchtlingsstrom, der vor allem vom krisengeschüttelten Irak nach Syrien fließt.**

Die Versorgung der Flüchtlinge wird fast ausschließlich durch Syrien finanziert. Internationale Hilfsorganisationen seien zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht im großen Umfang eingebunden.

Jeden Tag mehr.

Bestätigt wurde die dramatische Flüchtlingssituation vom österreichischen Botschafter in Damaskus, Karl Schramek. „Mehr als 750.000 Flüchtlinge aus dem Irak halten sich bereits auf syrischem Boden auf. Und es werden jeden Tag mehr“, so Schramek. Der Botschafter schätzt auf Grund fundierter Informationen, dass täglich rund 2000 Flüchtlinge dazukommen. Dazu seien noch immer etwa 10.000 Menschen im Land, die den Libanon im Zuge der jüngsten kriegesischen Auseinandersetzungen verlassen hatten. Zu den Flüchtlingen müssten auch noch 400.000 Palästinenser gezählt werden, die im Land leben. (...)

Christen fliehen.

Bischof Andreas Abouna von Bagdad berichtet, dass durch die Massenemigration fast die Hälfte aller irakischen Christen aus Angst um ihr Leben bereits geflohen sei. Bis zu 35.000 Christen sollen nach Syrien geströmt sein. Die lokale Kirche versucht, die verängstigten Obdachlosen mit Unterkünften, Lebensmitteln und medizinischer Hilfe zu versorgen. Das internationale Hilfswerk „Kirche in Not“ arbeitet in dieser Situation eng mit Bischof Antoine Audo, dem Oberhaupt der chaldäischen Christen in Syrien, zusammen.

(Quelle: Kirchenzeitung, 03.01.07)

Deutschland:

Zahl der Asylanträge weiter gesunken

Im Jahr 2006 wurden nur 251 Personen (0,8 Prozent) als Asylberechtigte anerkannt

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums ist die Zahl der Asylbewerber in Deutschland im vergangenen Jahr erneut zurückgegangen. Im Jahr 2006 wurden rund 21 000 Asylanträge gestellt, etwa 8000 weniger als im Jahr 2005. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entschied im Jahr 2006 über 30 759 Asylanträge. Dabei wurde bei nur 251 Personen (0,8 Prozent) der Anspruch auf Asyl anerkannt. Darüber hinaus erhielten etwa 1100 Personen Schutz vor einer Abschiebung.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble äußerte sich erfreut über die sinkenden Asylzahlen. „Damit wird deutlich, dass Asylzugang als Zuwanderungsproblem zumindest quantitativ stark an Bedeutung verloren hat“, sagte er. Diese Entwicklung sei unter anderem mit der verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Asylmissbrauch zu erklären.

Mit einem Anstieg von 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, stellten Flüchtlinge aus dem Irak (2100 Personen) die meisten Asylanträge in Deutschland in 2006, rund die Hälfte von ihnen waren Kurden. Ihnen folgten Asylbewerber aus der Türkei, die zu 80 Prozent Kurden waren. Die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei ging gegenüber 2005 um fast ein Drittel zurück. Zudem kamen viele Asylsuchende aus Serbien und Montenegro. Insgesamt kamen aus beiden Ländern 3200 Antragsteller. 37 Prozent von ihnen waren Albaner und 43 Prozent Roma.

Auch aus Russland, Vietnam, dem Iran, Syrien, dem Libanon und Afghanistan kamen zahlreiche Asylbewerber.

Die Zahl der Asylbewerber aus Afghanistan sank um ein Viertel auf 531. Aus dem Libanon kamen trotz des Krieges nur zwei Prozent mehr Asylbewerber (600 Menschen), als im Vorjahr. Im Verhältnis wurden die meisten Asylanträge aus dem Iran und Russland anerkannt. Antragstellern aus Serbien, Vietnam und dem Libanon wurde dagegen kein Asyl gewährt. *(Quelle: IGMG, 11.01.07)*

OVG verneint Recht zur Wiedereinreise Salames

Unterstützer fürchten um das Leben der kurdischen Mutter

Lüneburg/Hildesheim. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg verneint ein Recht auf Wiedereinreise für die vor zwei Jahren vom Kreis Hildesheim in die Türkei abgeschobene Gazale Salame. Weil ihr Ehemann Ahmed Siala und die beiden älteren Kinder keinen gesicherten Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik hätten, bestehe kein Recht auf Zusammenführung der Familie in Deutschland, heißt es in dem am Freitag bekannt gemachten Beschluss des OVG (Az 11 ME 393/06).

Aus Sicht des Gerichtes haben ausländische Familienangehörige grundsätzlich keinen Anspruch auf Einreise nach Deutschland. Für abgeschobene Ausländer gelte zudem ein generelles Verbot der Wiedereinreise. Dieses sei auch dann zu beachten, wenn die Betroffenen von ihren in Deutschland lebenden Angehörigen getrennt würden.

Das Verwaltungsgericht Hannover hatte zuvor den Kreis Hildesheim per einstweiliger Anordnung aufgefordert, eine Wiedereinreise Salames zu ermöglichen und ihr eine befristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Diese solle solange gelten, wie das Gerichtsverfahren über ein Aufenthaltsrecht von Salames Ehemann Ahmed Siala läuft. Gegen den Gerichtsbeschluss legte der Kreis in Abstimmung mit dem niedersächsischen Innenministerium Beschwerde ein. Die Hildesheimer Initiative "Solidarität und Bleiberecht" äußerte sich bestürzt über den OVG-Beschluss. Die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr Salames hätten sich nun zerschlagen, sagte der Sprecher der Initiative, Andreas Vasterling. Die gesundheitliche und persönliche Situation der Frau verschlechterten sich täglich. "Wir befürchten, dass ihre Kraft sehr bald am Ende ist und sie sterben wird."

Der Kreis Hildesheim hatte im Februar 2005 die damals schwangere Mutter sowie ihre jüngste Tochter abgeschoben, während ihr Mann die beiden älteren Töchter in den Kindergarten brachte. Die vom Kreis ebenfalls verfügte Abschiebung Sialas war vom Verwaltungsgericht Hannover später für unrechtmäßig erklärt worden.

Die Familien Salame und Siala gehören zu den Mahalmi, einer den Kurden verwandten Volksgruppe, die in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts von der Türkei in den Libanon auswanderte. Als dort der Bürgerkrieg ausbrach, flohen viele Mahalmi nach Deutschland. Gazale Salame und Ahmed Siala erhielten als "staatenlose Kurden" zunächst ein Aufenthaltsrecht.

Später fand der Kreis Hildesheim heraus, dass Salames Eltern noch in der Türkei registriert waren. Die Behörde warf der Frau vor, bei ihrer Einreise falsche Angaben über ihre Herkunft gemacht und ihre türkische Staatsangehörigkeit verschleiert zu haben. Zahlreiche Persönlichkeiten, darunter auch die hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann, haben sich für eine Rückkehr Salames nach Deutschland eingesetzt.

(Quelle: epd Niedersachsen-Bremen/b0031, 05.01.07)

Leitkultur auf Türkisch

Trotz mehrerer Reformen werden Minderheiten in der Türkei noch immer gegängelt. Der türkische Nationalismus behindert auch eine wirkliche Integration in Deutschland

Vergangenen Herbst beschloss die hessische Gemeinde Dietzenbach, dass in ihren zwölf Kindergärten zur "Förderung der Integration" nur noch Deutsch gesprochen werden sollte. Tagelang mobilisierte die *Hürriyet*, das auflagenstärkste türkische Blatt in Deutschland, daraufhin voller Empörung ihre Leser gegen diese Verfügung. Ironischerweise aber nannte es sie ein "kemalistisches Modell" - nach einem der "Kemalismus" genannten Prinzipien des Staatsgründers Atatürk, auf denen bis heute das Staatsverständnis der Türkei beruht.

Als Atatürk und seine Mitstreiter 1920 die türkische Republik gründeten, waren sie mit dem Problem konfrontiert, aus den vielen Nationen des ehemaligen Weltreiches der Osmanen eine neue Nationalität zu schaffen.

Atatürk entschied sich für den Vorrang der türkischen Nation und Sprache und sah darin den sichersten Weg, aus der Türkei einen modernen, zentralistischen Einheitsstaat zu machen. Das Ideal richtete sich nach der französischen Vorstellung des Citoyens: Jeder, der einen türkischen Pass besitzt, ist Türke, ungeachtet seines ethnischen oder sprachlichen Hintergrunds. Doch in der Realität begann für die anderen Nationalitäten damit die Unterordnung unter die türkische Kultur und Sprache.

Damit begann eine Politik der Assimilierung, in deren Zuge die Namen ganzer Dörfer und Städte, ja sogar Bezeichnungen von Flora und Fauna "turkiert" wurden. Legionen von Sprachwissenschaftlern und Universitätsprofessoren gaben sich dazu her, die kurdische Sprache, die zur indogermanischen Sprachfamilie gehört, in einen türkischen "Bergdialekt" umzudeuten und das ganze dazugehörige Volk zu "Bergtürken" abzustempeln. Jahrzehntlang wurde in der Türkei die bloße Existenz ethnischer Minderheiten geleugnet, und wer von ihnen sprach, der handelte sich den Vorwurf ein, sie erst zu "schaffen".

Trotz mehrerer Reformen, die in jüngster Zeit mit Blick auf die EU erlassen wurden, hat sich die Vorstellung vom Vorrang einer türkischen Leitkultur in vielen Bereichen bis heute gehalten. Ein Beispiel dafür bietet der Prozess gegen elf Männer und zwei Frauen, die zuletzt am 15. Dezember in Ankara vor Gericht standen.

Sie sind Vorstandsmitglieder der "Partei für Grundrechte und Freiheiten" (Hak-Par), die sich für eine friedliche und föderalistische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei einsetzt. Von der militanten Guerilla der PKK werden sie als Verräter beschimpft, weil sie den Kampf mit der Waffe ablehnen, vom Staat werden sie wegen ihres Eintretens für die Kurden als Separatisten betrachtet.

Zu einem Kongress im Januar 2004 hatten sie Einladungskarten in türkischer und kurdischer Sprache verfasst und die Begrüßungsrede auf Kurdisch gehalten. In der Türkei ein schweres Vergehen:

Denn auch nach den Reformen vom August 2002 gilt noch immer ein Gesetz, das Parteien den Gebrauch der kurdischen Sprache verbietet und untersagt, sich nur einer bestimmten ethnischen Gruppe verbunden zu fühlen.

Die türkische Presse schweigt zu solchen Fällen und hat auch den Hak-Par-Prozess mit kaum einer Silbe erwähnt. In der Türkei wird die gemeinsame Sprache bereits in der Verfassung als Faktor der Integration angesehen: Türkisch hat die Muttersprache aller türkischen Staatsbürger zu sein. Dieses Sprachgebot hat sogar zu so lächerlichen Maßnahmen geführt wie dem Verbot von Buchstaben, die im Kurdischen, nicht aber im Türkischen vorkommen - etwa dem q, x und w.

Die Erziehung zu einem nationalen Gemeinschaftsgefühl beginnt in der Türkei bereits in der Grundschule mit dem Absingen der Nationalhymne am Anfang und Ende jeder Woche. Sie setzt sich fort in den Schulbüchern, die vor Nationalismus und der Verherrlichung des Türkentums nur so strotzen, und findet sich überall im Lande - vor Kasernen, Schulen, auf städtischen Plätzen - auf Plakaten und Spruchbändern verewigt in der Losung wieder: "Wie glücklich ist der, der sagen kann:

Ich bin ein Türke!" Trotz aller Reformen haben sich noch immer etliche Beispiele für Maßnahmen zum Schutze der "nationalen Einheit" gehalten: darunter etwa das Verbot für Offiziere, mit einer nichtmuslimischen Ausländerin verheiratet zu sein, das vom starken Misstrauen gegen Christen und Ausländer zeugt.

Die Vorstellung einer türkischen Leitkultur und der damit einher gehende Nationalismus sind besonders tief im kemalistischen Militär, in Justiz und Verwaltung verankert, finden sich aber auch in der Mehrheit der Bevölkerung wieder.

Alles Drängen der EU auf ein Umdenken und Reformen hat daran nicht viel geändert, und seit Helsinki ist der Reformeifer in der Türkei wieder deutlich erlahmt. So werden etwa den neuen Bestimmungen, die den freien Gebrauch regionaler Sprachen und somit auch des Kurdischen in der Öffentlichkeit sowie den Unterricht gestatten sollen, so viele und geradezu lächerlich beschämende Hindernisse in den Weg gelegt, dass von einer großen Verbesserung auf diesem Gebiet keine Rede sein kann.

Obwohl ihr Land wegen solcher Defizite jedes Jahr mehrfach vom Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte - und aktuell auch wieder im "Fort-schrittsbericht" der EU - gerügt wird, maßen sich türkische Offizielle immer wieder gerne an, der deutschen Politik eine "Lektion" zu erteilen.

So erklärte der türkische Botschafter in Berlin, Mehmet Irtemcelik, angesichts des umstrittenen Einbürgerungstests in Baden-Württemberg unge-niert, er sei in sehr großer Sorge um die Menschenrechte in Deutschland.

Auch gegen den Kita-Beschluss in Dietzenbach protestierte er prompt. Dabei herrscht in der Türkei selbstverständlich an allen Kindergärten und Schu-

len eine strikte Türkischpflicht - auch in kurdischen Gebieten, wo oftmals alle Schüler Kurden sind. Die Heuchelei des türkischen Botschafters und der *Hürriyet* wird von Vereinen und Organisationen geteilt, die mehr oder weniger offene Lobbyarbeit für Ankara betreiben. Mit ihrem Nationalismus und ihrem Atatürk-Kult tragen sie dazu bei, die Bindung an die alte Heimat wachzuhalten, und verhindern damit, dass türkische Migranten hierzulande Wurzeln schlagen.

Was soll es denn bringen, in einem der 39 "Atatürk-Gedenk-Vereine" tätig zu sein, wenn jemand seine Zukunft in Deutschland sieht? Was nutzt es Kindern, jedes Jahr zum 23. April beim aus der Türkei importierten "Kinderfest" in Städten wie Hamburg oder Berlin türkisch-nationalistische Gedichte und Gesänge vorzutragen, die Atatürk und das Türken-tum verherrlichen, und türkische Fähnchen zu schwingen - wenn sie doch hier aufwachsen und ihr Leben in Deutschland verbringen wollen?

Diese "Türktümelei", die einem unseligen türkischen Nationalismus entspringt, trägt nicht zur Eingliederung in diese Gesellschaft bei. Es ist nicht nur die andere, den Migranten so wichtige Religion, die beide Gesellschaften trennt.

Es ist auch der Kemalismus, der türkische Nationalismus, der in Deutschland seine Blüten treibt und eine tatsächliche Integration behindert.

(Quelle: taz, Irina Wiessner, 06.01.07)

Ehepaar lehnt Spitzelanwerbung durch Stuttgarter Ausländerbehörde ab

In Stuttgart ist dem kurdischen Ehepaar Mehmet und Fatma Yurdakul auf der Ausländerbehörde ein unbefristeter Aufenthaltsstatus gegen die Tätigkeit als Spitzel nahegelegt worden.

Das Paar war für die Vergabe eines Aufenthalts zur Ausländerbehörde zitiert worden, wo es in einem gesonderten Raum von einer Person, die sich als Verfassungsschützer des Innenministeriums vorstellte, verhört wurde.

Die Person konzentrierte sich besonders auf Mehmet Yurdakul, stellte zunächst dar, dass eine umfangreiche Akte von Vergehen des Ehepaares bestehe und schlug dann vor, dass der Aufenthalt des Paares in einen unbefristeten umgewandelt werden und auch sonstige Vorteile zugesichert werden könnte, falls die beiden sich dazu entschließen würden, ihm zu helfen.

So sollten die beiden alles aufschreiben, was ihnen über die Personen bekannt sei, die sich an von Kurden organisierten Aktivitäten und Aktionen beteiligten.

Insbesondere gefragt seien Informationen über Personen, die in Stuttgart eine aktive Rolle bei solchen Aktivitäten übernehmen.

Das Ehepaar lehnte das Angebot ab und rief in der Zeitung *Yeni Özgür Politika* dazu auf, solche und ähnliche Vorfälle öffentlich zu machen. Daraufhin wurde es genötigt, ein Papier zu unterzeichnen, dass es eine „Sicherheitsbefragung“ abgelehnt habe, und anschließend aus der Ausländerbehörde hinausgeworfen. *(Rote Fahne, 08.01.07)*

Trauermarsch

Um gegen die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink in Istanbul zu protestieren, ruft ein Aktionsbündnis von Armeniern, Deutschen, Kurden und Türken zusammen mit der armenischen Gemeinde in Hamburg für heute zu einer Demonstration auf. Der Umzug beginnt um 17.00 Uhr am Bahnhof Sternschanze und führt zum türkischen Konsulat. *(Quelle: taz, 22.01.07)*

Die Unterzeichner dieser gemeinsamen Erklärung beschlossen, am 23. Januar 2007 in deutschen Großstädten Protestaktionen gegen die Ermordung von Hrant Dink durchzuführen und rufen alle auf, sich daran zu beteiligen.

Erklärung an die Öffentlichkeit:

"Wir alle sind Hrant Dink; wir sind alle Armenier"

Am Dienstag, den 23. Januar werden wir um 18.00 Uhr in deutschen Großstädten alle gemeinsam rufen: "Wir alle sind Hrant Dink; wir sind alle Armenier" Die tatsächlichen Verantwortlichen für den Mord an Hrant Dink sind die politischen Kräfte, die gegen Demokratie und Menschenrechte sind und die nationalistische Politik fördern.

Sie bereiten damit seit Jahren den Boden für solche feigen Anschläge und zwingen der Gesellschaft ihre leugnerische Politik auf. Nicht nur der Todesschütze, sondern auch diejenigen nationalistischen Kreise, die ihn verurteilten, versuchten ihn im Gerichtssaal zu lynchen, der Demokratie und Meinungsfreiheit, dem Andersdenkenden und Anderen kein Recht auf Leben einräumen, die sich vom Rassismus ernähren, tragen die Verantwortung und die Schuld für die Ermordung von Hrant Dink.

Der Mord an Hrant Dink machte eines erneut deutlich: unsere dringlichste Aufgabe besteht darin, eine Kultur des Zusammenlebens aller Völker unabhängig von der ethnischen Herkunft zu entwickeln. Wir alle müssen denjenigen Kreisen, die für eigene Interessen mit ihrer rassistisch-nationalistischen Politik einen Keil zwischen die Völker zu treiben versuchen, dringend und unmißverständlich Einhalt gebieten.

Wir verurteilen den Mord an Hrant Dink und die Politik, die den Boden dafür bereitete, mit aller Schärfe. Die Kugeln trafen nicht nur Dink, sondern auch die Demokratie, die Menschenrechte und die Freundschaft der Völker. Wenn wir aufzeigen wollen, dass man mit der Ermordung von Hrant Dink das Ziel nicht erreichen wird, seine Ideen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie sowie deren Verfechter verstummen zu lassen, gibt es nur einen Weg. Unabhängig von der Herkunft und Identität und ohne wenn und aber müssen wir gemeinsam rufen: "Wir alle sind Hrant Dink; wir sind alle Armenier!"

Wir rufen die Menschen in Europa auf, die Stimme gegen nationalistische Hetze zu erheben und sich an den gemeinsamen Protestaktionen am kommenden Dienstag (23. Januar 2007) zu beteiligen.

Die Gedenk- und Protestveranstaltungen werden in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, München, Nürnberg, Stuttgart stattfinden.

Köln, 21. Januar 2007

Erstunterzeichner:

- AABF – Föderation der Alevitengemeinde in Deutschland
- DIDF- Föderation der demokratischen Arbeitervereine
- ATIK – Konföderatin der Arbeitervereine aus der Türkei

- Föderation der DERSIM-Vereine in Europa
- KOMKAR – Verband der Vereine aus Kurdistan
- HAK-PAR Solidaritätsverein mit HAK-PAR in Deutschland
- Freiheit und Solidarität-Deutschland
- TÜDAY- Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland
- IMK e.V. – Internationales Zentrum für die Menschenrechte der Kurden

Sehr verehrte Leserin, sehr verehrter Leser,

Wir möchten an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere aktualisierten WEB-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

Mit freundlichen Grüßen.

Ihre Redaktion

PUBLIKATIONEN

Die Kinder des Engel Pfau – Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi Johannes Düchting

KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagsmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, dass die Yezidi irgendwo im „wildem Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluss auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

Dokumentation: Trauma und Therapie Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griesse, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting
Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,-- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungsgebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: **12,-- Euro (incl. Versandkosten)**

AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbemühungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)

Drei Bücher des französischen Autoren Francois-Xavier Lovat aus Paris
Francois-Xavier Lovat bereiste im Jahr 1963 zum ersten Mal den Irak. Seitdem hat er drei Bücher herausgebracht, die wunderschöne und beeindruckende Fotos enthalten. Sie sind nachfolgend beschrieben:

KURDISTAN, Irak

140 wunderschöne Farbfotos – eine Ansammlung von Schnappschüssen mit kurzer historischer Beschreibung. Das Buch versucht auf, das tägliche Leben der Kurden im Irak, die zerrissen von zerstörerischen Kriegen und Opfer des doppelten Embargos der Vereinten Nationen und der Regierung von Bagdad sind, wiederzugeben.

Geschrieben in kurdischer, französischer und englischer Sprache.

(103 Seiten, €24,-- einschl. Versand)

KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY

Dieses Buch, mit ca. 140 farbigen beeindruckenden Aufnahmen und Portraits sowie Fotos von zahlreichen Veteranen des historischen Marsches vom 27. April bis 18. Juni 1947, der sie nach dem Zusammenbruch der Mahabad Republik nach Russland in Sicherheit führte, beschreibt die Entwicklung der KDP von 1946 bis 1999.

Geschrieben in englischer und arabischer Sprache. (128 Seiten, €24,-- einschl. Versand)

KURDISTAN : LAND of GOD – GOTTESLAND

In diesem Buch mit 114 wunderschönen Farbfotos sind alle Religionen beschrieben, die Kurdistan zu einem einzigartigen Land Gottes gemacht haben. Im mittleren Osten, der Wiege aller Zivilisation und der monotheistischen Religionen, umgeben von Blutdurst und Gewalttätigkeit, im Zentrum der schlimmsten Massaker und der größten Toleranz, ist Kurdistan einzigartig.

Dieser Kreuzpunkt großer Wanderungsbewegungen und daher von intensivem wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Austausch, wurde mit seinen Bergen eine Zufluchtstätte für die Unterdrückten, die sehr oft Opfer von religiösen Verfolgungen waren. Diese Geographie hilft, die extreme Vielfalt der Religionen in Kurdistan zu verstehen.

Geschrieben in kurdischer, englischer und deutscher Sprache.

(140 Seiten, €34,-- einschl. Versand)

Alle drei Bücher können über das IMK bezogen werden.

ISSN 1438- 08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 200738, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802, Fax: + 49 228 36 32 97

e-mail: imkkurds@aol.com, Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: 92,00 €
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: 46,00 €
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: 31,00 €

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäfts-Konto: 83457 00

Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE33

IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00